

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Preis: 10 Pf. pro Quartal, 30 Pf. pro Semester, 1 Mark pro Jahr. In der Expedition und bei den Ausgabestellen. — Druck: Druckerei des Verlags, Magdeburg, Brüderstraße 15. — Redaktion: Gr. Mühlstraße 3. Fernsprecher 961.

Nr. 211.

Magdeburg, Mittwoch, den 10. September 1902.

13. Jahrgang.

Zur Frage der Arbeiterversicherung

macht Genosse S. M o l k e n b u h r, der sachkundige Referent über diese Angelegenheit auf dem Münchener Parteitag in der „Gleichheit“ „einige Bemerkungen“, wie er sich bescheiden ausdrückt. Wir bringen den Artikel unverkürzt zum Abdruck, um unseren Lesern für die diesbezüglichen Verhandlungen des Parteitages schon vorher eine gewisse Grundlage zu schaffen. Molkenuhr schreibt:

„In den hervorragendsten Reklamestücken des deutschen Reiches auf internationalen Ausstellungen und Kongressen gehört die Arbeiterversicherung. Man kann nun auch nicht leugnen, daß hierin Deutschland das tonangebende Land ist. In Deutschland ist die Versicherung am weitesten ausgebildet, und hier werden die größten Summen für Versicherungszwecke aufgebracht. Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß in Deutschland Idealzustände geschaffen sind, sondern es ist höchstens die noch größere Rückständigkeit anderer Staaten bewiesen.

Wohl der Umstand, daß die herrschenden Klassen nicht zugehört haben wollen, daß die Arbeitskraft des Arbeiters und der Arbeiterin ein Vermögensobjekt ist, welches meist das einzige, aber stets das wichtigste Eigentum der Proletarier ist, hat mit dazu beigetragen, daß die Arbeiterversicherung weniger ausgebildet ist als die Versicherung der Vermögensobjekte der Besitzenden. In unglaublicher Geucherei werden trotzdem die bisher geschaffenen Ansätze als Wohlthaten gepriesen, die man der Arbeiterklasse erweist. Indem man den Glauben zu erwecken sucht, daß alle für die Versicherung ausgegebenen Gelder Geschenke an Arbeiter seien, hofft man, die Begnadeten würden das Sprichwort befolgend dem „Geschenken Gaul“ nicht ins Maul legen.

Gewiß kommen bei der Arbeiterversicherung große Summen in Betracht, die dem Uneingeweihten imponieren können. Auf der Ausstellung in Paris prunkte man zum Beispiel damit, daß in der Zeit von 1885 bis 1899 für Kranke 1494 Millionen, für Verletzte und deren Hinterbliebenen 517 Millionen, für Invaliditätsversicherung 402 Millionen Mark verausgabt worden seien. Es sind das gewaltige Summen, die aber in ihrer Nacktheit gar nichts beweisen. Wäre es möglich, die Not der Arbeiter auch ziffernmäßig darzustellen, das heißt die Summe anzugeben, welche nötig gewesen wäre, um das zu bezahlen, was Arbeiter entbehrt haben, dann würde man sehen, daß durch die angegebenen Millionen nur ein minimaler Bruchteil der Not gelindert worden ist. Und stellt man eine Gegenrechnung auf, indem man die Verluste der Arbeiter an Leben und Gesundheit vergleicht mit den Summen der gezahlten Renten, dann drängt sich die Ueberzeugung auf, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter in dieser besten aller Welten doch nur einen sehr winzigen Geldwert haben. Das Schlachtfeld der Arbeit fordert mehr Menschenopfer als blutige Kriege. In den 15 Jahren von 1886 bis 1900 kamen bei den gegen Unfall versicherten Arbeitern und Arbeiterinnen 915 965 schwere Unfälle vor. Hierbei sind die Unfälle nicht mitgerechnet, wo Heilung in den ersten 13 Wochen erfolgt ist. Die Zahl derselben beträgt mehr als 4 Millionen. Von den schweren Unfällen führten 90 333 den Tod der Verletzten herbei; 30 566 Arbeiter wurden dauernd völlig erwerbsunfähig, 477 447 ebenfalls dauernd, jedoch nur teilweise erwerbsunfähig, und bei 317 619 hoffte man auf gänzliche Wiederherstellung der Gesundheit. All diesen Verletzten und den Hinterbliebenen der Toten wurden in dem genannten Zeitraum 592 740 954 Mark an Entschädigungsgeldern ausbezahlt. Der Ausdruck „Entschädigungsbetrag“ klingt fast wie Lohn, denn das empfangene Geld ist doch nimmermehr eine Entschädigung für den Verlust von Leben und Gesundheit, ja er deckt auch nur einen Bruchteil des durch Unfall herbeigeführten Ausfalls an Lohnbeizügen.

Allgemein wird es von bürgerlicher Seite so dargestellt, als sei die Versicherung aus reinem Wohlwollen für die Arbeiter entstanden. Die in Betracht kommenden Einzelheiten beweisen jedoch, daß vielmehr eine Versicherung der Armenkassen gegen Befallung durch Kranke und invalide Arbeiter und eine Versicherung der Unternehmer gegen Haftpflichtschäden angestrebt und durchgeführt wurde, als eine Versicherung der Arbeiter und Arbeiterinnen. Wäre das Wohlwollen für das Proletariat das treibende Motiv gewesen, so würde es auch unverständlich sein, weshalb die Landarbeiter von der Krankenversicherung und die Arbeiter der Kleinhandwerker, sowie Kaufleute und Dienstboten von der Unfallversicherung ausgeschlossen wurden. Diese Kategorien der Proletarier haben sich doch keiner Handlungen schuldig gemacht, die es rechtfertigen, sie schlechter als Fabrikarbeiter zu behandeln.

In dem Umstand, daß weniger die Rücksichten auf die Bedürfnisse der arbeitenden Massen als die Rücksicht auf die

Unternehmer bei Ausarbeitung der Gesetze maßgebend war, liegt einer der Gründe der organischen Fehler der ganzen Versicherung. Statt einer Versicherung, die den notwendigsten Anforderungen entspricht, wurden drei Versicherungen geschaffen, die völlig verschieden gestaltet worden sind. Sie sind verschieden in der Ausdehnung des Kreises der Versicherten, in der Form der Ausbringung der Mittel, in der Art der Verwaltung usw. Sie sollen sich oft ergänzen und vergessen in der Regel den Anschluß aneinander. Jeder Unfall wird für die ersten 13 Wochen der Krankenversicherung überwiesen, und ebenso ist es mit den meisten Fällen der Invalidität. Unfall- und Invaliditätsversicherungsgesetz sind beide auf der Voraussetzung aufgebaut, daß der Versicherte auch gegen Krankheit versichert ist, aber das Krankenversicherungsgesetz trägt dem nicht Rechnung. Ebenso setzt das Invaliditätsversicherungsgesetz voraus, daß der Versicherte für 26 Wochen Krankenunterstützung erhält, während das Krankenversicherungsgesetz nur für 13 Wochen die Unterstützung bewilligt. Es würde schon einer recht eingehenden und umfangreichen Reform bedürfen, alle vorhandenen Lücken und umfangreichen Reform bedürfen, alle vorhandenen Lücken der vorhandenen Versicherungsgesetze auszufüllen.

Davon abgesehen treten noch andere, durchaus berechtigte Forderungen auf. Der Reichstag hat in Resolutionen verlangt, daß eine allgemeine Witwen- und Waisenversorgung eingerichtet werde. Mit vollkommenem Rechte fordern die Frauen, daß Schwangeren und Wöchnerinnen ausreichendere Unterstützung zu teil wird, als das Krankenversicherungsgesetz jetzt bietet. Ebenfalls dringt immer mehr die Erkenntnis durch, daß es unrecht ist, wenn die Arbeiter allein die Lasten tragen, die aus der Arbeitslosigkeit entstehen. Nicht bloß die unvermeidlichen Krisen werfen viele Zehntausende arbeitslos aufs Pflaster und steigern die Lasten der Krankenversicherung und der Armenkassen. Je mehr die industriellen Unternehmungen in Kartellen zusammengeschlossen werden, um so mehr wird die Arbeitslosigkeit durch die ausschließliche zu dem Zwecke herbeigeführt, die Preise der Waren hochzuhalten. Werden in Syndikaten Produktionsbeschränkungen beschlossen, dann treten an die bestehenden Versicherungen und viele Gemeinden Anforderungen heran, die sie kaum bewältigen können.

Soll eine Versicherung für die genannten und andere Fälle noch geschaffen werden, so fragt es sich, ob der bisherige Weg der Sonderversicherung beizubehalten ist. Diese Frage wird schon von jedem Kalkulator verneint werden müssen, weil eine Anzahl Sonderversicherungen die Verwaltungskosten ungebührlich vermehrt. Die Einziehung der Beiträge wie die Kontrolle kann erheblich billiger durchgeführt werden, wenn sie für viele Zweige gleichmäßig ist. In vielen Fällen konkurriert ferner ein Versicherungsweig mit dem anderen. Schon vor zwei Jahren erbrachte Professor L. Lewin den Nachweis, daß es eine Grenze zwischen Unfall und Krankheit nicht giebt, und daß mancher Zustand, den die Berufsgenossenschaften und das Reichs-Versicherungsamt als Krankheit bezeichnen, nichts anderes ist, als eine große Anzahl kleiner Betriebsunfälle, die die Betroffenen völlig erwerbsunfähig gemacht haben. Das Opfer bekommt jedoch in diesem Falle keine Unfallrente, weil zum Beispiel die Vergiftungserscheinungen nicht plötzlich hervorgetreten sind und der Arbeiter oder die Arbeiterin nicht einmal schwer, sondern hundert oder tausend Mal leicht vergiftet worden ist. Einen großen Wert hat aber trotz alledem die deutsche Arbeiterversicherung: sie hat durch die gesammelten Erfahrungen den Weg gewiesen, auf welchem man wirklich Gutes erreichen kann.

Betrachten wir zunächst die Belastung durch die bisherige Versicherung etwas näher, um die Klagen der Unternehmer über die unerwünschte Höhe der Lasten in richtige Beleuchtung zu rücken. Die Beiträge brachten 1900 folgende Summen:

a) Krankenversicherung	166 045 995 Mark
b) Unfallversicherung	88 156 957 "
c) Invaliditätsversicherung	117 973 597 "
	372 176 549 Mark

Wohl sind das große Beträge, allein es ist dabei folgendes zu bedenken: Die Krankenkassenbeiträge wurden für 9 520 763 Versicherte bezahlt. Von den 166 Millionen Mark brachten die Arbeiter, da sie die Beiträge zu den Hilfskassen allein decken und für die anderen Klassen zwei Drittel davon zahlen, 116 119 281 Mark auf, es trugen also die Unternehmer nur 49 926 715 Mark bei, oder für jeden Versicherten durchschnittlich 5,25 Mark. Die Beiträge zur Unfallversicherung müssen die Unternehmer allein entrichten, sie bezahlen für jeden gewerblichen Arbeiter 9,88 Mark und für jeden landwirtschaftlichen Arbeiter 2,10 Mark im Durchschnitt. Bei der Invalidenversicherung steht die Zahl der Versicherten nicht fest. Nach der Berufszählung von 1895 gab es 7 707 601 männliche und 4 105 658 weibliche Versicherte, also insgesamt 11 813 259. Wie sich aus dem Markenverkauf ersehen läßt, ist die Zahl der Versicherten gestiegen. Wir dürfen an-

nehmen, daß es 1900 rund 13 Millionen Versicherte gab. Da bei der Invaliditätsversicherung die Beiträge halbiert werden, hatten Arbeiter und Unternehmer je 58 986 798,50 Mark aufzubringen. Die gewerblichen Arbeiter sind nun zum größten Teile in den höheren Klassen versichert. Man erhält deshalb keine so niedrige Summe, wenn man annimmt, die ganzen Beiträge in den drei höchsten Klassen seien von der Industrie getragen worden. Tatsächlich ist die „Belastung“ geringer, weil viele Arbeiter der Handelsgewerbe und Angestellte der Landwirtschaft Beiträge zu höheren Klassen zahlen. Da die drei höchsten Klassen 57,93 Prozent der Einnahmen brachten, hätten die Industriellen rund 34 211 000 Mark an Beiträgen entrichtet. Rechnen wir für die Invaliditätsversicherung dieselbe Anzahl Versicherte, wie sie bei der Unfallversicherung angegeben ist, dann hätte das Unternehmertum 1900 nicht ganz 5 Mark für jeden Versicherten gezahlt. Die Jahresausgabe, welche der industrielle Unternehmer für die gesamte Arbeiterversicherung pro Kopf der Versicherten trägt, stellt sich wie folgt:

a) für Krankenversicherung	5,25 Mark
b) für Unfallversicherung	9,88 "
c) für Invaliditätsversicherung	5,00 "
	20,13 Mark

Das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, beträgt also die „Belastung“ sechs und dreiviertel Pfennig pro Tag und Kopf. Erheblich billiger noch kommen die Landwirte weg, da in der Landwirtschaft die Krankenversicherung fast gar nicht in Betracht kommt und die Unfallversicherung nur ein Viertel der Unkosten von der Summe beträgt, die die Industrie aufzubringen hat.

Diese minimale Belastung hat es ermöglicht, große Fonds anzusammeln, die namentlich bei der Invaliditätsversicherung eine reichliche Ueberdeckung für die laufenden Verpflichtungen bieten. Die Krankenkassen haben bis Ende 1900 ein Vermögen von 84 195 466 Mark angesammelt. Nur die Unfallversicherung, die das Umlageverfahren hat, weist mit dem Vermögen von 169 869 990 Mk. keine ausreichende Deckung für die laufenden Verpflichtungen auf. Die Ausgaben der drei Versicherungszweige für den eigentlichen Versicherungszweck betragen 1900 zusammen 306 482 639 Mark, zu denen noch der Reichszuschuß zu den Alters- und Invalidenrenten im Betrag von 30 713 389 Mark hinzukommt.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 9. September 1902.

Ein deutscher See„sieg“.

Der von uns gestern bereits gemeldete Kampf des deutschen Kanonenbootes „Panther“ mit einem haitianischen Kriegsschiffe stellte sich nach den neueren Meldungen als wesentlich unerheblicher dar, als es auf Grund der ersten Nachrichten den Anschein hatte.

Der Kommandant des „Panther“, Korvetten-Kapitän Eckermann, hatte den Befehl erhalten, das seeräuberische Kanonenboot „Crête à Pierrot“ aufzubringen. Der „Panther“ begab sich zu diesem Zweck von Port au Prince nach Gonaves, wo er den „Crête à Pierrot“ vollkommener Ueberraschung. Es wurde nimmermehr von dem deutschen Kommando folgendes Ultimatum gestellt: „Flagge innerhalb 1/4 Stunde streichen, Schiff räumen und keinerlei Gefechtsvorbereitungen treffen. Sonst erfolgt sofortiger Angriff.“ Der „Panther“ hatte schon vorher „klar zum Gefecht“ gemacht.

Die Flagge wurde hieraufhin innerhalb der gegebenen Frist gestrichen und der „Pierrot“ von der Mannschaft verlassen. „Panther“ hatte die Absicht, den „Pierrot“ hieraufhin in Schleppe zu nehmen. Bald jedoch erfolgte — offenbar durch „Pierrot“-Mannschaften absichtlich hervorgerufen — die Explosion der hinteren Pulverkammer, welche das Achterschiff zerstörte und in Brand setzte. Hierdurch wurde die Zugschleppnahme durch „Panther“ unmöglich, da weitere Explosionen nicht ausgeschlossen waren. Da aber außerdem hierin ein feindlicher Akt erblickt werden mußte und die vorderen Geschütze noch brauchbar waren, so ließ der Kommandant S. M. S. „Panther“ auch die vordere Pulverkammer und den Kessel durch Granatfeuer zur Explosion bringen. Als dies geschehen, brach „Pierrot“ auseinander und sank.

Die Gile, mit der die deutsche Regierung die gefährdeten Geldsäcke eines deutschen Kaufmanns vertritt, steht in lebhaftem Gegensatz zu der Gleichgültigkeit, die sie beim Fall Kegel und beim Fall Kolajew bewahrte. Freilich handelte es sich in diesen beiden Fällen um das große Rußland, dem gegenüber Norjicht am Plage. Bei dem kleinen Negerstaat Haiti ist dies natürlich nicht nötig. —

Zur Fleischnot.

Aus Halle, 8. September, schreibt uns unser g. Korrespondent:

Einstimmig angenommen wurde heute im Stadtverordneten-Kollegium der sozialdemokratische Antrag, den Magistrat zu ersuchen, insolge der neuerdings eingetretene Erhöhung der Fleischpreise bei der Regierung dahin zu wirken, daß die Grenzsperr für ausländisches gesundes Vieh aufgehoben wird. Der Genosse Medakur Thiele hatte den Antrag in wirksamer Weise begründet und darauf hingewiesen, daß Kompetenzbedenken gegen den Antrag nach der Städteordnung nicht vorlägen. Der Oberbürgermeister wurde, der sich seiner Zeit, als das Kollegium gegen den Protokoll der Sitzung nahm, mit seinen Kompetenzbedenken Vorbeeren geholt hatte, wähle mit seinen ganzen Magistratskollegien den besseren Teil und rebete nicht.

Wie dem „Vorwärts“ aus dem Erzgebirge geschrieben wird, ist von den Tischen der Musikinstrumenten-Arbeiter und der Weber Fleisch und Speck nahezu verschwunden. Wie die Handels- und Gewerbetreibenden ermitteln hat, sind auch die Preise für Rinds-, Hammel- und Kalbfleisch ebenfalls gestiegen. Der Fleischverbrauch aber ist von 16 740 030 Kilogramm im Jahre 1900 auf 14 511 577 Kilogramm oder um 2 228 453 Kilogramm gesunken! Während noch 1900 auf den Kopf der Bevölkerung 23,68 Kilogramm Schweinefleisch entfielen, verringerte sich diese Menge 1901 auf 21,14, d. i. um 2,54 Kilogramm! Ingesamt weist der Verbrauch an Schweinefleisch eine Verminderung von 10,73 Prozent auf! Außer diesen erschreckenden Ziffern weist die Kammer schließlich noch nach, daß die Zahl der geschlachteten Hunde und Pferde verhältnismäßig stark gestiegen ist.

Dieselbe Kammer war es aber auch, die in ihrem letzten Jahresbericht offen konstatierte, daß die Löhne der Arbeiter infolge der Krise vielfach erheblich gesunken und die Unternehmerrgewinne um über 2 Millionen Mark gestiegen seien.

Wenn der Zolltarif-Entwurf mit den erhöhten Viehpreisen verträglich werden sollte, so ist das Erzgebirge und das Vogtland ihrerseits dem Hungerdemonstrations auszuliefern!

„Gotteslästerung“.

In dem ersten Hefte der vom Grafen von Hoenßbroch herausgegebenen Monatschrift für die gesamte Kultur, die den Titel „Deutschland“ trägt, spricht sich der Berliner Theologieprofessor Otto Pfeleiderer für Streichung des § 166 aus dem Strafgesetzbuch aus. Der § 166 stellt bekanntlich die öffentliche Gotteslästerung, die Beschimpfung der Kirchen, ihrer Einrichtungen und Gebräuche, und die Verübung beschimpfender Unugs in einer Kirche oder an einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte unter Strafe. Alle diese Bestimmungen will Prof. Pfeleiderer gestrichen haben. Er begründet seine Forderung zusammenfassend

Der § 166 ist so bald als möglich aus dem deutschen Strafgesetzbuch zu streichen; denn 1. läßt er durch seine unbestimmte und vieldeutige Formulierung dem subjektiven Ermessen der Richter zu vielen Spielräumen und verursacht dadurch eine bedeutende Unsicherheit der Rechtspflege; 2. führt seine Anwendung bei konfessionellen Streitigkeiten unvermeidlich zu inneren Widersprüchen, indem der Schutz der Einrichtungen der einen Kirche nicht ohne Schädigung der ebenfalls unter Schutz gestellten Einrichtungen der anderen möglich ist; 3. widerspricht die Anwendung von Zwang in religiösen Dingen überhaupt sowohl dem Wesen des modernen Rechtsstaates als auch den Grundfragen evangelischer Gewissensfreiheit; 4. wird der Zweck, religiöse Kämpfe zu unterdrücken, durch das Strafgesetz nicht nur nicht erreicht, sondern diese Kämpfe werden dadurch noch verschärft und vergiftet; und 5. wird dadurch die Religion des Volkes nicht, wie der Staat doch wünscht, erhalten und gefördert, sondern sie wird vielmehr in ihrem innersten Wesen als Sache freier Ueberzeugung schwer geschädigt.

Die orthodoxen Blätter machen bereits Front gegen diese vernünftigen Anschauungen. Wir können der Forderung Pfeleiderers und ihrer Begründung jedoch nur zustimmen.

Deutschland.

Berlin, 9. September. In der Subkommission der Zolltarifkommission, welche für die zweite Lesung der Kommission die formalen Ungleichheiten in den Beschlüssen erster Lesung auszugleichen hat, sind die freisinnigen Parteien vertreten durch die Abgg. Müller-Sagan und Broemel.

Nicht nur die Freisinnige Partei wird ihren Parteitag hinter verschlossenen Thüren abhalten. Wie wir hören, hat man auch beschlossen, bei den Verhandlungen des nationalliberalen Parteitag in Eisenach die Öffentlichkeit in vollem Maße abzusperren. Dagegen wird für offiziell censorierte Berichterstattung gesorgt werden.

Ein Reichsgesetz gegen Automobilfahrer fordert die „Kreuzzeitung“. Es sei angezeigt, durch Polizeivorschriften, die in der Hauptsache durch ganz Deutschland die gleichen sein müssen, die Fahrgeschwindigkeit besonders an gefährlichen Stellen wie die Kennzeichnung der Maschinen einheitlich zu regeln.

Der evangelische Oberkirchenrat hat, wie die „Nat.-Zeitung“ mitteilt, sich der Entscheidung des Konfessionsrats in Berlin in Sachen des Pastors Meidhardt angeschlossen, wonach wegen unwürdigen Wandels die Wahl Meidhardt zum Oberpfarrer an der Charlottenburger Lutherkirche nicht bestätigt werden dürfte. Wie erinnerlich, hat Pastor Meidhardt nach vollzogener Wahl mit mehreren Herren des Gemeindeführerrats sich in ein Restaurant zu Charlottenburg begeben und dort mit ihnen gemeinsam gezeist.

Die dem reichsstaatspolitischen Amte angegliederte neu gebildete Abteilung für Arbeiterpolitik tritt bekanntlich im Oktober zum ersten Male unter dem Vorsitz des Präsidenten Silbhelms zu einer Tagung zusammen, deren

Arbeitszeit sich auf etwa eine Woche erstrecken wird. Das vorliegende Arbeitsmaterial dürfte alsdann eine nochmalige kurze Tagung noch im Laufe dieses Jahres, vielleicht schon im November, beanspruchen.

Eine neue wasserwirtschaftliche Vorlage.

Der Draft meldet der „Täg. Rundschau“: Der sächsische und der preussische Regierung ist, wie die „Leipziger N. N.“ melden, ein Entwurf zur Herbeiführung eines Großschiffahrtswegeß Elster und Saale (Elbe) zugegangen. Der seit langem geplante Schiffahrtsweg soll mit zwei großen Hafenanlagen in Leipzig beginnen. Die Kosten sind auf 27½ Millionen Mark veranschlagt, wovon auf Sachsen 15,3 und auf Preußen 12,2 Millionen entfallen. — Ob die Regierung dieses Kanalprojekt eher durchzuführen hofft? —

Zusammenkrachende Throne wegen fünfzig Pfennig!

Die „Deutsche Tagesztg.“ druckt zustimmend und mit innerem Wohlbehagen die folgende Stelle aus einem Artikel des sächsischen konservativen Blattes nach:

Belugt es nicht, eine Wendung zum Besseren und eine allmähliche Gesundung unseres Bauerntums herbeiführen, dann ist sein Ende nicht allzu fern mehr. Wenn das aber einmal festliegt, die zur Verzweiflung getriebene Landbevölkerung mit dem Proletariat der Städte sich vereinigt, dann werden die Throne zusammenkrachen, und es wird ein Chaos herrschen, bis aus Blut und Brand und gruelvoller Verwüstung sich langsam wieder geordnete Zustände herauswinden können. Schon hört man aus Bannern und harte Aufklagen gegen die Gleichgültigkeit der Regierenden, eine früher ungekannte Erbitterung hat in diesem geduldsigen Jahren Stande um sich gegriffen; möge man diese Zeichen der Zeit richtig deuten und nicht unterschätzen, der Fehler könnte sich eines Tages verheerlich machen.

Gräßlich! Wenn die Agrarier nicht 50 Pfennig mehr Zoll erhalten, krachen die Throne zusammen; wenn die halbe Mark bewilligt wird, stehen die Throne wieder bombensicher! —

Urlaub für Fabrikarbeiter.

Aus Spandau schreibt man der „Post“: In den Militärwerkstätten ist eine sozialpolitische bedeutsame Neuerung geplant worden. Dieser Tage wurden die Direktoren der königl. Fabriken in Spandau zu einer Konferenz nach dem Kriegsministerium berufen. Gegenstand der Besprechung war der Gedanke, daß in Zukunft allen Arbeitern alljährlich ein Urlaub gewährt werden soll, während dessen Dauer sie keinen Verlust am Einkommen erleiden. Nach dem Ergebnisse der Konferenz ist anzunehmen, daß die Urlaubszeit auf 8—14 Tage bemessen wird. Der für diese Zeit zu gewährende Verdienst soll nach dem Durchschnittslohn berechnet werden. Die Einführung dieses Urlaubs der Arbeiter wird voraussichtlich nach dem 1. April erfolgen. — Es ist an dieser Nachricht höchstens erstaunlich, daß eine staatliche Musterwerkstätte erst jetzt, nachdem viele Privatbetriebe längst voraus gegangen sind, sich zu diesem kleinen sozialen Fortschritt aufrafft.

Charlottenburg, 8. September. („Volkstztg.“)

In der hiesigen Lehrerschaft erregt eine Verfügung der dortigen Kreisinspektion das lebhafteste Befremden. Die Be-

unterrichtes an den Volksschulen in Charlottenburg ist vor einiger Zeit einer Anzahl von Geistlichen übertragen worden; nach dem Ministerialerlaß vom 28. Febr. 1876 müssen solche Revisions in den für den Religionsunterricht festgesetzten Stunden erfolgen. Die Kreisinspektion hat nun, und zwar auf Veranlassung des Kultusministers, einem Antrage stattgegeben, wonach einem der evangelischen Pfarrer erlaubt wird, in den seiner Aufsicht unterstellten Gemeindefschulen auch dann in Religion zu unterrichten, wenn nicht dieser, sondern irgend ein anderer Unterrichtsgegenstand auf dem Stundenplan steht. Durch diese Verfügung können also sehr empfindliche Störungen des Schulunterrichts herbeigeführt werden; erscheint der Pfarrer in einer Klasse, wo z. B. gerade Rechenunterricht erteilt wird, so muß der Lehrer diesen Gegenstand verlassen und der betreffende Religionslehrer hat gleichfalls den Unterricht zu unterbrechen, wenn er in einer anderen Klasse weilt, und sich zur Verfügung des Pfarrers zu stellen. Die Konzeption, die man dem Pfarrer gemacht hat, ist um so auffälliger, als sowohl die Direktoren der Schulen, wie die weltlichen Schulaufsichtsbeamten bei ihren Revisionen keine Aenderung des Schulplans veranlassen. — Aus der Verfügung erhebt sich neue, in welchem Sinne wir heutzutage segeln. Geistlich ist Trumpf!

Leipzig, 7. September.

Das Garnisonkommando Leipzig hat das über ihre Gastwirtschaften verhängte Militärverbot in der Weise aufgehoben, daß künftighin nur an den Tagen, wo sozialdemokratische Versammlungen in diesen Lokalen stattfinden, deren Besuch den Militärpersonen verboten ist, im übrigen aber der Besuch gestattet wird. — Das wäre endlich einmal eine kleine Reform im Militarismus.

England.

Dewets Buch über den Krieg.

Aus Brüssel telegraphiert man der „Daily News“, daß Dewets Buch über den Krieg in etwa Monatsfrist im Haag bei der Firma Nyhoff u. Co., die das Recht der Veröffentlichung für Holland gekauft hat, erscheinen werde. Die Verhandlungen über das Verlagsrecht in anderen Ländern seien geendet, da man über den Preis nicht einig werden konnte. Die Firma Cassel in London soll dem General Dewet erklärt haben, daß sie glaube, 300 000 Exemplare absetzen zu können; insollgedessen hielt Dewet die ihm für die Uebersetzung in fremde Sprachen gebotene Summe für zu gering. Man soll ihm 5000 Pfund Sterling geboten haben. Jedenfalls habe aber die Firma Nyhoff das Verlagsrecht für Holland erworben. Die Verhandlungen über das Verlagsrecht und das Uebersetzungsrecht seien noch nicht abgebrochen, böten aber wenig Aussicht auf Erfolg. In New-York haben einige Personen Probebogen von Dewets Buch gelesen; sie sagen, wie der dortige Korrespondent der „Morning Post“ mitteilt, voraus, daß der gefährlichste Guerillaführer von seiner augen-

blicklichen Popularität in England wenig übrig behalten wird, wenn das Buch erst erschienen ist. Es wird behauptet, daß der General die Tätigkeit der englischen Offiziere und Soldaten in Südafrika unbarbarisch kritisiert und sich in der Wahl seiner Worte bei der Besprechung der Behandlung der Burenfrauen und Kinder keinen Zwang angethan hat. Eine Anzahl von offiziellen Dokumenten, welche bei gefangenen Offizieren gefunden wurden, werden, wie man sagt, in dem Buche in Facsimile erscheinen und Dewets Behauptungen bekräftigen.

Italien.

Der Sozialisten-Kongreß.

Am Sonnabend ist in Imola (Romagna) der Sozialisten-Kongreß zusammengetreten. Es sind gegen 1000 Delegierte anwesend. Seit 1892 ist die Zahl der Sektionen auf 1336, die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder auf 51 415 gestiegen. Die Öffentlichkeit spendet dem Kongreß großes Interesse, und zwar wesentlich deshalb, weil auf demselben die Frage der politischen Tätigkeit der sozialistischen Partei und ihre Beziehungen zu der parlamentarischen Aktion verhandelt werden wird. Die zu Kompromissen geneigte Tendenz, deren Vertreter der Abgeordnete Turati ist, und die unversöhnliche Richtung der Anhänger Ferris werden wieder einmal in schroffem Gegensatz einander gegenüberstehen; wenn die Fraktion Ferris die Oberhand gewinnen sollte, müßten die Sozialisten dem Ministerium Zanardelli ihre Unterstützung im Parlament fernerhin versagen. Es wiegt jedoch die Ansicht vor, daß Turati mit seinen Ansichten durchdringen, und daß wenigstens eine Spaltung in der Partei vermieden werden wird. Turati selbst hat erklärt, er glaube nicht an ein Schisma in der Partei.

Kleine politische Nachrichten.

Der „Scherlache Tag“, dessen Loyalität in Bezug Anerkennung gefunden haben würde, meldet über die Kaiserparade des 3. Armeekorps aus Frankfurt a. O.: In Frankfurt war nur eine kleine Tribüne errichtet worden, und selbst deren Plätze hatten sich noch nicht zur Hälfte als veräußert erwiesen; um den tristen Eindruck zu vermeiden, den die Verübung des Hauptteils der Tribüne machte, wurden die Plätze der Stehplätze eingeladen, sich auf ihnen niederzulassen. — Es bestätigt sich, so wird der „Volkstztg.“ geschrieben, daß der Kaiser während seines Aufenthalts in Posen dem Oberbürgermeister Wittig nahe gelegt hat, seinen Posten als Stadtoberhaupt nicht zu verlassen und eine eventuelle Wiederwahl nicht abzulehnen. Es sind bei dieser Unterredung u. a. von Seiten des Kaisers die Worte gefallen: „Es giebt nicht viel solche Wittigs“. Wogegen hat Herr Wittig sich dahin entschieden, seine Amtsperiode ablaufen zu lassen und zu Beginn des nächsten Jahres an Stelle von Magnus in das Direktorium der Nationalbank einzutreten.

Aus der Parteibewegung.

Anträge zum Parteitage. Der sozialdemokratische Verein in Erfurt unterbreitet dem Parteitage folgende Anträge:

Die außerordentlich hohen Zuschüsse für die einzelnen Parteiblätter haben zu unterbleiben.

Die Fraktion wird beauftragt, in der nächsten Regierungsperiode im Reichstage den Antrag auf sofortige Einführung der achtstündigen Arbeitszeit zu stellen.

Um die Provinzpresse zu entlasten, wird der Parteivorstand verpflichtet, die Geschäftsleitung des „Vorwärts“ zu veranlassen, den Geschäftsbericht des Vorstandes und den Tätigkeitsbericht der Fraktion den Parteiblättern, welche denselben verlangen, als Beilage zum Selbstkostenpreise abzugeben.

Der Parteitag möge beschließen, daß, wenn in Zukunft sich Sonderorganisationen bilden (wie die der Hamburger Aktordmaurer) und die Partei-Organisation am Orte die Ausschließung beantragt, die Ausschließung vom Parteivorstand erfolgen muß.

Quittung.

Im Monat August gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- Altenburg, S.-M., Wahlkreis 300.— Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 5. Kreis 150.— (darunter N. N. 50.—, Bierprozenten von Post u. Schacht 14,90, D. Renfer 1,75), 6. Kreis 8200.— (darunter Automatenfabrik Hartwig u. Vogel in zwei Raten 23.—, Arbeiter-Radfahrerverein „Vorwärts“ 3.—, G. J. Moabit, Juni-Juli 6.—, Nicht lachende Erben und ein Enterbter aus Sibirien 16,50, Bierprozenten der Zimmerer, Bau Schmidt, Benjesstr. 7.—, A. B. Miffler 2.—, Schiedsgericht 20.—), Berlin diverse Beiträge: 371,05. Krieg, von den Parteigenossen durch D. H. 30.—. Bochum, Wahlkreis, durch den Kreisverr. A. Sch. 405,60 (darunter von den Gewinnen der Orte Weitmar 60.—, Bochum 50.—, Somborn 25.—, Langendreer 25.—, Eickel 20.—, Herne 20.—, Harpen 20.—, Hannig 20.—, Linden 15.—, Altenbochum 9,60, Warendorf 8.—, Wommern 8.—, Waghhausen-Höftelholz 5.—, Baak 5.—, Unter-Dahlfhausen 5.—, Querenburg 5.—, Ober-Dahlfhausen 5.—, Jahresbeitrag des Kreises 100.—), Bruchsal 5.—. Breslau, sozialdemokratischer Verein 50.—. Charlottenburg, gef. von 6 Genossen des 8. Bezirks 6. Kreiskomitee 3,65. Charlottenburg, Franzüberbruch von den Arbeitern der Firma Kühstein, Automobil-Abt. durch H. 2,60. Dresden, Ueberich. der Kranzpende beim Begräbnis des Gen. W. Dresden-Bieschen 6,60. Dresden, Gesellsch. vom Ritter Runo an Emil R., 50.—, Dabringhausen, durch W. R. 3.—. Dortmund-Hörde, Wahlkreis, durch den Kreis-Vertrauensmann 200.—. Dresden, Markt 5.—. Gießen, durch R. 15.—. Eppendorf, gef. auf einer Geburtstagsfeier beim roten Michel 2,60. Falkenberg (Oberchl.) 2.—. Forst i. L. von Parteigenossen 200.—. Gera, Wahlkreis Kreis i. S. 100.—. Gotha, durch den Vertrauensmann 2 Raten 60.—. Gräfrath b. Göttingen, sozialdemokr. Volksverein 30.—. Gutshausen b. Striegau 3.—. Grünberg in Schl., gesammelt bei einer Zusammenkunft von Genossen der Kreise Grünberg und Schwiebus-Zöllitz am 1. Oktober 5.—. Gelsenkirchen von den Genossen 30.—. Gießen, E. R. 10.—. Greiz, Wahlkreis Kreis a. L. 150.—. Hamburg, in der Expedition des „Echo“ eingegangen im Monat Juni 81.—, im Monat August 127,50, Summa 208,50. Hohenstein-Ernstthal, vom Volksverein, II. und III. Quartal 10.—. Hamburg, ursprünglich vom Verbands der Zimmerleute, Zerstelle H. für Belgien gesammelt 406,55. Hanau, Wahlkreis Hanau-Gelnhausen-Oberl. 100.—. Heßler, von Genossen 5.—. Hofstedt bei Bremen, von Genossen 10.—. Hamburg, 2. Wahlkreis 2500.—. Halberstadt, Rückzahlung durch T. i. R. 300.—. Hamburg, 3. Wahlkreis 300.—. Karlsruhe, Beitrag der Parteigenossen 180.—. Kiel, von den Parteigenossen durch H. 150.—. Lichterfelde, Radfahrerklub „Concordia“, für die nächsten Reichs- und Landtagswahlen 20.—. Langersfeld, vom Verein für volkstüm. Wahlen 20.—. Ludwigschafen a. Rh., vom Beitrag der Pfälzer Post 500.—. M.-Glabbach, u. Volksverein 12.—. München, vom sozialdemokratischen Verein München, Gau Südbayern, 2. Quart. 1902 88,50. Marktscheidt, von den Parteigenossen 50.—.

Vom englischen Gewerkschaftskongress.

ac. Bei der Eröffnung des Kongresses fehlte diesmal der Lord Mayor von London. Dies sei, so bemerkt hierzu ein englisches Blatt, seitens der Mehrzahl der Delegierten nicht als ein Verlust, sondern eher als ein Gewinn empfunden worden; der Kongress habe Bedeutung genug an sich selbst.

Die Präsidialrede hielt, wie schon mitgeteilt, der Schiffszimmerer Steadman. Seine Rede, wie die daran sich schließende Diskussion war durchaus politischer Natur, wie ja die meisten Verhandlungsgegenstände und Resolutionen auf den Kongressen der „unpolitischen englischen Gewerkschaften“ auf das Gebiet der Politik hinübergespielt. Steadman meint, nichts sei von Seiten des Parlaments für die Arbeiterklasse geschehen. Das Unterrichts-gesetz sei durchaus reaktionär; es schaffe die gegenwärtige Form der „Schulboards“ (frei gewählte Komitees) ab und stelle dieselben unter die Kontrolle der Municipal- und Parochialbehörden. Diese erhalten das Recht, die Schulboards nach ihrem Ermessen zu bilden; das sei ein Schlag gegen die Demokratie. — Sodann beleuchtete der Redner die Sozialpolitik der Regierung. Indem die Regierung zur Schutzollpolitik zurückkehre, den Zucker und das notwendigste Nahrungsmittel, das Brot, dem Volke verteuere, habe es die Bahnen der Peel, Cobden, Bright und Gladstone verlassen. — Redner kommt auf die Alterspensionen zu sprechen und betont, daß die Armen Anspruch auf eine solche hätten, da ihre Mittellosigkeit meist Bedingungen zu schulden ist, auf die sie ohne Einfluß sind. Das Verlangen an die Regierung sei um so mehr berechtigt, als diese ihre Unterstützung Grundbesitzern und anderen zu teil werden läßt. — Unter Hinweis auf die verschiedenen, gegen die Gewerkschaften gerichteten Entschiede giebt Redner seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Gewerkschaften von der Regierung nichts zu erwarten hätten. Was bisher als gesetzlich zulässig, sei jetzt von den Richtern für strafbar erklärt worden. Das Gesetz müsse also geändert werden. Bislang haben die Gewerkschaften nur die wirtschaftlichen Fragen studiert, jetzt sei die Zeit gekommen, wo sie auch der politischen Frage mehr Aufmerksamkeit zuwenden müßten. Die Gewerkschafter müßten nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch politisch eine Macht werden. Die Rede Steadmans wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der Rede und dem Bericht des Parlamentarischen Komitees folgt eine lebhaft diskutierte Resolution, welche die Unterrichts-bill der Regierung verurteilt, wird ein Amendement angenommen, in welchem die Arbeiter aufgefordert werden, gegen jeden Abgeordneten zu stimmen, der für die Schulbill ist.

Am zweiten Tag bringt Serton-Liverpool eine Resolution ein, welche die Einberufung einer Konferenz aller Körperschaften und Vereinigungen verlangt, die für eigene Arbeiter-Vertreter im Parlament eintreten, um dieser Bewegung eine nationale Grundlage zu geben. Die Debatten sind rein politisch; die „Liberalen Arbeiter-Vertreter“ und die „Lohn-Demokraten“ werden gleicherweise sarkastisch abgethan. Schließlich beendet der Präsident die Diskussion, indem er den „Kongress zur Ordnung ruft“, so daß nur noch über parlamentarische Arbeiter-Vertretung, nicht über „Partei-

politik“ gesprochen werden darf. Die oben bezeichnete Resolution wird hierauf angenommen. — Zwei amerikanische Delegierte sind angelangt. —

Der dritte Tag beginnt mit einer ausgedehnten Debatte über obligatorische Einigungs- und Schiedsgerichte. Seddon von den Handlungsgehilfen sprach dafür; Seddon von den Liverpooler Dockarbeitern dagegen. Der letztere meinte, es werde keine unparteiische Schiedsgerichte geben. So lange der Einfluß der Arbeiterklasse auf die Gesetzgebung nicht ein größerer sei, dürfe an derartige Experimente nicht gedacht werden. Klassenherrschaft beeinflusse heute die Gesetzgebung. „Ihr mögt streiken und streiken und Hungers sterben; so lange Ihr nicht den Wahlzettel nützt, wird es mit Euch abwärts gehen.“ Die diesbezüglichen Anträge wurden mit 961 000 gegen 303 000 Stimmen abgelehnt.

Nach einer Debatte über die Benachteiligungen, welche den Arbeitern in Bergwerken, Steinbrüchen usw. überall da, wo die Arbeit nach Gewicht und Maß bezahlt wird, erwachsen, gelangte ein Antrag zur Annahme, welcher das parlamentarische Komitee beauftragt, ein Gesetz vorzubereiten, welches das obligatorische Abwiegen und Abmessen der geförderten Arbeitsquanten (Kohle, Steine, Cement) vorseht.

Der Benrhyn-Streit wurde durch Pete Curran zur Sprache gebracht. Seit dem 22. November befinden sich 2500 Arbeiter der Steinbrüche von Bethesda im Ausstand um ihr Koalitionsrecht zu verteidigen. 2100 halten noch immer am Streik fest; 1400 unter ihnen haben Arbeit in anderen Brüchen und Bergwerken von Wales gefunden; für die 700 Arbeitslosen verlangten die genannten Redner die Unterstützung der englischen Gewerkschaften, die per Affirmation zugesichert wurde. Sodann wurde beschlossen, daß die Gewerkschaften dem parlamentarischen Komitee auf je 1000 Mitglieder einen Beitrag von 30 Mark anstatt wie bisher 20 Mark zu entrichten haben. Dem Sekretär des parlamentarischen Komitees wird eine Entschädigung von 5000 Mark pro Jahr zugestimmt.

In der Freitag-Sitzung wird seitens der Postbeamten Beschwerde über die Regierung erhoben, welche bestrebt sei, die Organisation der Postbeamten zu vernichten. Die Postverwaltung sei schlimmer als die schlechtesten Londoner Sweater. Es wurde festgestellt, daß im Telegraphendienst junge Mädchen für 11 Schillinge die Woche arbeiten müssen und daß es lange Zeit dauere bis dieselben ein Gehalt von 20 Mark erreicht haben. Auch die Admiralität wurde angegriffen, weil sie den Zimmerern auf den königlichen Schiffswerften nicht den Standardlohn bezahlt. Den Militärbehörden wurde der Vorwurf gemacht, daß sie ebenfalls das Schwitzsystem bei ihren Aufträgen unterstützen.

Die Resolution, welche das Frauenstimmrecht verlangt, fand keine Mehrheit.

Annahme fand eine Resolution der jüdischen Schneider von Manchester, welche verlangt, daß Ausländer ohne große Unkosten das englische Bürgerrecht erreichen können.

Längere und erregte Debatten rief die Frage der Kinderbeschäftigung in den Fabriken hervor. Die Gasarbeiter-Gewerkschaft ist schon immer für eine Heraushebung des Alters der in Fabriken beschäftigten Kinder gewesen und hat stets die Textilarbeiter von Lancashire wegen ihrer Haltung in dieser Frage angegriffen. Shackleton, der neugewählte Ab-

geordnete für Clitheroe, nahm die Weber von Lancashire in Schutz; diejenigen, die ihre Kinder in die Fabriken schicken, mögen mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Kinder zurückziehen, und die Textilarbeiter werden gewiß folgen.

Die Resolution, welche das Verbot der Kinderarbeit bis zum 15. Lebensjahre verlangt, wurde mit einer geringen Mehrheit angenommen.

Die Debatte über den südafrikanischen Krieg zeitigte die Annahme einer Resolution gegen Führung von Kriegen. — Eine Resolution Coopers, Mitglied des Londoner Gewerkschaftsrats, welche die Trufts als eine immer wachsende Gefahr für die gewerbliche Freiheit bezeichnet, gelangte mit einem Amendement von sozialistischer Seite, welches besagte, daß es besser sei, solche Monopole gingen in die Hände des Staats über, zur Annahme.

Der nächstjährige Kongress findet in Leicester statt. —

Das Maurergewerbe in der Statistik.

Nach den statistischen Erhebungen des Maurerverbandes, den Berufs- und Gewerbezahlungen des Deutschen Reiches und den amtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes haben die Genossen Friß Paepelow und Th. Bömelburg soeben im Selbstverlage des letzteren ein Buch über „Das Maurergewerbe in der Statistik“ *) erscheinen lassen und sich mit dieser fleißigen Arbeit ein großes Verdienst erworben, denn nur auf Grund statistisch begründeter Kenntnisse von der Lage des Gewerbes und der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter im besonderen ist eine planmäßige und zielfichere Agitation zwecks Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich.

Nach den Erhebungen, die der Maurerverband im Jahre 1900 veranstaltet hat, haben sich Stundenlöhne über 65 Pfg. bisher nur die Püzer und Rauhputzer in Berlin, sowie einige wenige Spezialisten oder sonst besonders bevorzugte erringen können. Für die Maurer im allgemeinen beträgt der Höchstlohn 65 Pfg. und wird er zur Zeit nur im Berliner und Hamburger Lohnbezirk gezahlt, Stundenlöhne unter 25 Pfg. kommen leider auch noch vor und zwar auch in 9 Orten der Provinz Sachsen, an denen 69 Gesellen einen so reichen Lohn für ihren Fleiß ernteten. Der Durchschnittslohn im Deutschen Reich stieg von 1885 bis 1900 von 28¹/₂ Pfg. bis 41¹/₂ Pfg.; ein Beweis für die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Für uns ist wichtig, daß Magdeburg in Bezug auf die Lohnhöhe nicht gerade besonders günstig dasteht, da es von den 30 größten deutschen Städten erst an 12. Stelle steht und einen Durchschnittslohn von 48 Pfg. zu verzeichnen hat, während zum Beispiel in Halle 50 Pfg. gezahlt werden.

Da gleichzeitig mit den vom Verband erlangenen Lohn-erhöhungen vielfach Arbeitszeitverkürzungen (von 11 auf 10 bis 9 Stunden) eintraten, ist es notwendig die Erhöhung des Tagesverdienstes festzustellen. Wir finden, daß es z. B. 2 Orte giebt, in denen der Tagesarbeitsverdienst von 1885 bis 1900 um 2,77 Mark gestiegen ist. Seit 1895 ist der Tageslohn an 2 Orten um 1,70 Mark gestiegen. Natürlich sind das alles Errungenschaften, an die ohne die Organi-

*) In der Expedition der „Volksstimme“ zu haben. Preis 50 Pfg.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Der Präsident.

Roman von Karl Emil Franzos.

(43. Fortsetzung.)

„Das kann ich nicht,“ erwiderte Sendlingen. „Der Justizminister hat mich für übermorgen zu einer dringenden Besprechung eingeladen, daher gedente ich auch schon morgen mit dem Postzuge zu fahren. Er geht kurz vor Mitternacht ab und —“

„Das geht nun vollends nicht an!“ unterbrach ihn der Amtswalt. „So erwäge doch nur: zwischen acht und neun Uhr findet der Fackelzug statt, das Bankett beginnt gegen zehn Uhr; bis die ersten Toaste gesprochen sind, wird es elf Uhr — dann sollst Du in aller Raschheit erwidern, fortstürzen, ins Hotel eilen, Dich umkleiden, zum Bahnhof jagen. — Das geht ja nicht, die Leute wären mit Recht gekränkt, wenn Du schon nach einer Stunde von dem Feste flüchtetest, als wäre es Dir eine Qual.“

„Das ist's mir auch,“ rief Sendlingen. „Wenn Du erwägst, wie mir beim Abschied von B. zu Mute sein wird, dann wirst Du mich sicherlich nicht hindern, sondern unterstützen, damit die Wein nicht allzu lange währe.“

Berger zuckte die Achseln. „Es geschieht ja immer, was Du willst!“ sagte er. „Aber recht ist's nicht, die Leute zu kränken und sich dann die ganze Nacht im Postzug abzuquälen, der auch an der kleinsten Station anhält.“

Dann kam die Rede auf die politischen Verhältnisse, auf die Folgen, welche das Verbrechen vom 18. Februar, diese Schandthat eines halb wahnwichtigen Menschen, für die Freiheit Oesterreichs haben mochte. Viktorinens Name wurde zwischen den beiden Männern diesmal nicht genannt.

Der Präsident schloß in dieser Nacht kein Auge, obwohl Herr S. persönlich die besten Kissen seines Hotels für ihn ausgesucht hatte. Es war eine dunkle Nacht, nur der Schnee gab schwachen Schein. Ein eisiger Nordostwind pfliff sein wildes Lied durch die Straßen, es war die rechte Begleitung zu den Gedanken des schlaflosen Mannes.

Gegen die achte Morgenstunde — es war eben erst heller Tag geworden — vernahm er die Klänge der Militärmusik, sie spielte einen lustigen Marsch und kam immer näher. Gleichzeitig klopfte es an der Thür, es war Franz. Der alte Mann war völlig gebrochen. „Man muß sich ankleiden,“ sagte er. „Die Jägermusik und der Gesangverein bringen ein Ständchen. — Geschlafen wird man ohnehin nicht haben!“

„Du auch nicht, Franz.“

„Was liegt an mir! — Aber wird man es ja nicht überstehen!“ jöhnte er auf. „Oh, wäre dieser Tag, diese Nacht schon vorüber!“

Die Musik kam immer näher. Gleichzeitig wurden die Schritte, das Lachen und Rufen einer großen Volksmenge vernehmbar. Der Alte horchte auf. „Der Radeckmarch!“ sagte er. „D, wie lustig sie zu unserem Jammer aufspielen!“

Der Zug war vor dem Hause angelangt.

„Sendlingen hoch!“ rief eine Stentorstimme. Die Kapelle fiel mit einem Tusch ein, und brausend klang aus hundert und aber hundert Rehlen der Ruf: „Hoch! Er lebe hoch!“

Dann spielte die Musik eine kurze Eröffnung, die Sänger stimmten einen Chor an. Indessen hatte der Präsident seine Toilette beendet, trat in den anstehenden Salon, öffnete, nachdem das Lied beendet war, und nun die Hochrufe erklangen, ein Fenster und verneigte sich dankend.

Bei seinem Erscheinen schollen die Rufe noch lauter an; wie Sturmesbrausen klang es immer und immer wieder zu ihm empor: „Hoch! Sendlingen hoch!“ Dazwischen riefen die czechischen Arbeiter ihr: „Slava . . . Na zdar!“ Alle Fenster der Straße öffneten sich; die Frauen schwenkten ihre Tücher, die Männer die Hüte; soweit das Auge blickte, hauchten sich die bunten Fahnen über den schneebedeckten Fassaden und grüßte der Lannereißig an Fenstern und Balkonen. Wie betäubt starrte der unglückliche Mann hinab, dann stieg glühende Röte in sein blaßes Antlitz, und er hob abwehrend die Hand.

Die Menge deutete das Zeichen anders, sie glaubte, daß er sprechen wolle. „Ruhe!“ geboten hundert Stimmen zugleich, und dann wurde es still. Er aber zog sich rasch zurück, während draußen die Hochrufe von neuem losbrachen.

„Meinen Gut,“ rief er dem Diener zu. Er wollte durch die Hintertür des Hotels ins Amt entweichen. Aber es war zu spät, schon öffnete sich die Thüre; das Festkomitee trat ein und überreichte die Adresse der Bewohner von B. an den Scheidenden. Dann erschienen Bürgermeister und Gemeinderat und überbrachten eine größere Auszeichnung als sie bisher je ein Bewohner der Stadt B. erfahren: nicht bloß das Diplom als Ehrenbürger, sondern auch den Beschluß des Gemeinderats, die Kreuzgasse fortan „Sendlingen-Gasse“ zu nennen. Noch verschiedene andere Deputationen folgten; die letzte war jene der Arbeiter. Ihr Führer war Johannes Nobbyrot, er überreichte als Geschenk nach slavischer Sitte einen Laib Brot und ein versilbertes Salzäßchen und sprach dazu:

„Sieh Dir das Gefäß an, Gnädiger! Wenn Du glaubst, daß es aus Silber ist, so irrst Du Dich sehr, es ist nur ganz dünn versilbert und kostet nur vier Gulden und vierzig Kreuzer, wobei ich noch ausdrücklich sagen muß, daß uns der Händler wahrscheinlich beim Einkauf obendrein um einige Groschen beschwindelt hat; denn was verstehen wir von solchen Dingen? — Nun denn, vier Gulden und vierzig Kreuzer, ferner das Brot fünfzehn Kreuzer und das Salz fünf Kreuzer, macht zusammen fünf Gulden Konventions-Münze. Nun wirst Du, Gnädigster, vielleicht im Stillen denken: „Sind denn diese Menschen verriickt, daß sie es wagen, mir ein so winziges Geschenk anzubieten?“ — aber darauf erwidere ich Dir: Fünf Gulden sind dreihundert Kreuzer Konventions-Münze, und diese dreihundert Kreuzer sind in der Weise gesammelt worden, daß dreihundert Arbeiter hiesiger Stadt am letzten Sonnabend nach der Ablösung jeder einen Kreuzer hergegeben haben, um Dir eine Freude zu machen. Und nun, nachdem Du dies gehört, wirst Du gewiß die geringe Gabe in Ehren halten. Wir bitten Dich, dies Gefäß auf Deinen Tisch zu stellen, damit Dein Herz sich stets daran erfreue, als einer Gabe armer Menschen, deren Wohltäter Du gewesen bist!“

Auch im Amt harrete seiner eine feierliche Ovation. Zwei Räte erwarteten ihn an der Pforte und geleiteten ihn in den Senatsaal, wo sämtliche Mitglieder des Gerichts-

jaßen nicht zu denken wäre. Gibt es doch 14 Orte, die seit 1885 und 85, die seit 1895 keine Gehaltsverhöhung erlebt haben.

Interessant ist die Angabe in der Statistik, daß in Magdeburg das Jahreseinkommen der Maurer durchschnittlich 1188 Mark beträgt, wovon ihre durchschnittliche Ausgabe für Wohnungsmiete meist für Wohnungen mit drei Zimmern 152 Mark beträgt.

In Halberstadt beträgt der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst 901 Mark, von denen für eine Wohnung mit drei Räumen 101 Mark draufzugehen pflegt. Noch trauriger sieht es in Quedlinburg aus, wo das Durchschnittseinkommen 785 Mark beträgt, wovon die Wohnungsmiete — auch bei nur 3 Zimmern — schon 117 Mark verschlingt. In Stendal beträgt das Jahreseinkommen 841 Mark, die Wohnungsmiete 125 Mark, in Genthin lauten die entsprechenden Zahlen 783 und 72 (hier allerdings nur für 2 (!) Zimmer), in Alten 711 und 95, in Gr. Salze 901 und 91 usw.

Soweit die Statistik, welche aber in Bezug auf die Wohnungspreise noch viel, viel zu rosig färbt. B. W. ist es in Magdeburg völlig unmöglich, eine Wohnung mit drei Zimmern für 152 Mark zu bekommen. Selbst wenn die Worte gemeint sein sollten, in denen ein Teil der Maurer wohnt, stimmen die Angaben der Statistik namentlich für Magdeburg und Halberstadt auch nicht annähernd. Die sozialen Verhältnisse sind also noch viel schlimmer, als aus der Statistik hervorgeht.

Die Accordarbeit hat nicht oder nicht mehr die Ausdehnung im Maurergewerbe, wie vielfach angenommen wird. Nach der Statistik wird in 806 Orten resp. Lohbezirken mit 78 948 Gesellen überhaupt nicht in Accord gearbeitet, dagegen ist diese Arbeits- und Entlohnungsweise üblich in 265 Orten resp. Lohbezirken. Aber trotzdem in diesen Bezirken insgesamt 80 870 Gesellen beschäftigt waren, arbeiteten nur 10 457 Maurer zum Teil zeitweilig, zum Teil ständig in Accord; zu der letzten Kategorie gehören insbesondere die Hüser in einigen größeren Städten. Da die Einsicht von der Schädlichkeit der Accordarbeit im Baugewerbe immer mehr an Boden gewinnt, dürfte die Zeit nicht mehr allzufern sein, in welcher dieses Arbeitssystem völlig verschwunden ist.

Aus den übrigen umfangreichen statistischen Mitteilungen der Schrift heben wir hervor, daß die Zahl der Bauunfälle von 11 631 im Jahre 1886 auf 48 388 im Jahre 1900 gestiegen ist. Unter tausend Arbeitern verunglückten danach 1886 nur fast 20, 1900 dagegen 35. Insgesamt wurden vom Jahre 1895 bis 1900 im Baugewerbe nicht weniger als 464 994 Unfälle angemeldet, die Zahl der tödlichen Verletzungen belief sich auf 12 385. Auf 37,5 Verletzte kam ein Toter. — Ein größerer Schutz der Arbeiter im Baugewerbe durch Erhöhung der Unfallrenten, Verbesserung der Schutzeinrichtungen, Erhöhung der Kontrolle und Verkürzung der Arbeitszeit ist also dringend geboten. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 9. September 1902.

Es dämmert.

Wir lesen im „Sajenarbeiter“:

In Nr. 436 der „Magdeburger Zeitung“ vom August (Abendausgabe) finden wir einen Artikel, überschrieben: „Die Bewegung der Privatschiffer“, unterschrieben von dem Privatschiffer Fr. S., Hamburg, aus dem wir einige Sachen hervorheben wollen.

hofes versammelt waren. Werner überreichte die Abschiedsgeschenke: ein Aquarellbild, das Gerichtsgebäude darstellend, und ein Album mit den Portraits der Beamten. „Dem Vorbild aller Nichtertugend“ stand darauf in Gold gedruckt. Hierauf trug Dernegg vor: Eine Anzahl von Kollegen habe sich vereinigt, diesen Saal mit dem Bildnis Sendlings zu schmücken. Er winkte, die Diener zogen die Hülle von dem Bilde.

„Nicht bloß, um Sie zu ehren,“ wandte sich der Redner an Sendlingen, „haben wir dies Bild hierher gestiftet, sondern weil wir wünschen, daß Ihr Bild mahnend und ermutigend auf uns niederblicke, so oft wir uns zu erster Beratung um diesen Tisch versammeln. Hier war's, wo Sie einmal, vor etwa vier Monaten, ein Wort gesprochen, welches mir als das bezeichnendste für Ihr Wesen erscheinen will, welches ich je aus Ihrem Munde vernommen. Es handelte sich um die Verurteilung eines bedauernswerten Kollegen. „Ach bin,“ sagten Sie damals, „wie ein blinder Anhänger der Magie gewesen: Fiat justitia et pereat mundus — wohl aber muß sie sicherlich insofern als heilig gelten, als jeder von uns Richtern nach Gesetz und Pflicht handeln muß, auch wenn ihm das Herz darüber brechen sollte!“ Derlei spricht man leicht, aber man befolgt es schwer. Ihnen ist jaeden von Gehirne beiseite geschoben, zu erweisen, daß diese Heberzeugung in der That der Leitstern Ihres Lebens ist. Wer könnte dies besser wissen, als ich, Ihr Genosse in jenen drangvollen Tagen! Sie haben nie gewankt, als für Sie alles auf dem Spiele stand, woran eines Mannes Herz hängen mag!“

Er hatte vor, dies näher auszuführen, jedoch jedoch rasch, als er sah, wie leicht Sendlingen geworden; „wahrscheinlich regt sich kein Herzleiden wieder,“ dachte er. Doch schien der Unfall rasch vorbeizugehen. Wohl dankte der Präsident nur in kurzen Worten, nahm jedoch dann die Arbeit mit Werner wieder eifrig auf.

Die drei Herren — Dernegg assistierte auch heute — legten sich nach den Gefangenen. Im Bureau des Herbermeisters wurden die Akten durchgesehen. Bei dem Verzeihnis der Kranken stante Werner.

„So viele?“ rief Werner. „Unser Doktor würde eher in eine psychiatrische Anstalt taugen, als hierher. Da ist ja zum Beispiel: Viktorine Lippert. Seit 9. November 1892 — das ist ja wohl die Kindesmörderin, die jenseits Person, die bei der Schlussverhandlung einen so unerhörten Skandal machte?! — Nun, und da steht hier jener: „Seit

Zunächst müssen wir uns wirklich wundern, daß es so lange dauern konnte, bis die Privatschiffer zu der Einsicht kamen, daß die Schuld an der traurigen Lage der Schiffs-eigner, wie man sich auszudrücken pflegt, nur in den eigenen Reihen zu suchen ist und daß nicht, wie bis jetzt immer behauptet wurde, die Bootsleute die Schuldigen sind, weil sie „unerfüllbare Forderungen“ an die Schiffs-eigner stellen. Wenn wir auch in vielen Punkten mit dem Artikelschreiber einverstanden sind, so müssen wir uns doch gegen einige Behauptungen ganz entschieden verwahren. Die Behauptung, daß sich in den meisten Fällen, wo Diebstähle oder Veruntreuungen von Frachtgütern zur Anzeige gelangt seien, bei näherer Untersuchung herausgestellt habe, daß hierbei größtenteils nur Boots- und Steuerleute der Schleppschiffahrtsgesellschaften in Frage kämen, entbehrt jeder Grundlage. Dem Artikelschreiber wird nicht unbekannt geblieben sein, daß bei verschiedenen Schmugglerprozessen, die sich abgespielt haben, auch eine ganze Anzahl seiner Massengenossen nicht ganz glimpflich dabei weggekommen sind. Aber selbst zugegeben, diese Behauptung sei zutreffend, so können wir mit demselben Recht, wie der Schiffs-eigner in seinem Artikel behauptet, nicht der Schiffs-eigner ist der eigentliche Verbrecher und für den Diebstahl verantwortlich, sondern der Auftragsgeber, der durch allerlei unlautere Manipulationen den Schiffer zu überreden versucht, die Ladung unter solch' mißlichen Bedingungen anzunehmen, sagen: nicht der Boots- oder Steuermann ist der eigentliche Verbrecher, sondern der Arbeitgeber, in diesem Falle die Schiffs-eigner und die Schleppschiffahrtsgesellschaften, die den Schiffsmannschaften einen Monatslohn anbieten, der keineswegs ausreicht, auch nur die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse befriedigen zu können. Daß in Schifferkreisen eine ganze Anzahl solcher Verbrecher vorhanden ist, beweisen uns die in letzter Zeit vorgenommenen Lohnreduzierungen, trotzdem die Fleisch- und sonstigen Lebensmittelpreise unausgesetzt in die Höhe geschraubt werden.

Was nun in dem Artikel über die Procuristen betreffs der Frachtabmachungen gesagt ist, trifft in anderer Beziehung auch für die Schiffsmannschaften zu, nur daß die Personen wieder andere sind, hauptsächlich dann, wenn der Bootsmann gezwungen ist, seine Stellung zu wechseln. Auch hier haben sich im Laufe der Jahre Personen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeschlichen, die auf der Suche sind, den Schiffseignern billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Hierbei kommt es vor, daß der Bootsmann erst den letzten Großen verzehren muß, ehe er das Glück hat, an einen Schiffer verschachert zu werden, der dann die Notlage des Mannes ausnützt und ihm einen Lohn anbietet, der eben niedrig genug ist, um den Bootsmann indirekt zum Diebstahl zu veranlassen. Kollegen, wir sehen also, daß auch von denjenigen, die in dem Artikel möglichst rein gewaschen werden sollen, viel gesündigt wird. Darin sind wir jedoch mit dem Schiffer Fr. S., Hamburg, einverstanden, daß gegen alle solche Hebelstände nur der Zusammenschluß aller Kräfte etwas auszurichten imstande ist. Wir geben den Bootsleuten daher anheim, aus dem Artikel des Schiffs-eigners die nötige Lehre zu ziehen und sich der Sektion der „Winnenschiffer“ anzuschließen. Denn wenn der Wunsch des Artikelschreibers wahr werden sollte, wer garantiert uns dafür, daß diese Korporation nicht auch einmal gegen die Schiffsmannschaften ausgespielt wird. Deshalb muß unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß dem organisierten Unternehmertum im Wonnenschiffahrtsgewerbe eine gut organisierte und disziplinierte Macht der Schiffsmannschaften gegenübersteht. —

Mitte Dezember in der Refonvalescenz, muß jedoch wegen allgemeiner Körperschwäche bis zur völligen Herstellung in der Krankenabteilung bleiben.“ Seit mehr als zwei Monaten ist die Person gesund und wird noch immer als krank behandelt! Ist das nicht ein Unfug?“

Sendlingen erwiderte nichts, er hielt eine der Tabellen so dicht vor die Augen, daß man sein Antlitz nicht sah. Dernegg hingegen sagte: „Wahrscheinlich wäre das Gegenteil ein Unfug. Der Arzt kennt den Fall, wir nicht. Er ist ein gewissenhafter Mann.“

„Freilich,“ bestätigte Werner, „das ist er — aber viel zu weich! Weichen wir bei diesem konkreten Falle. Die Person wird also seit mehr als zwei Monaten als Kranke verpflegt. Daraus erwächst dem Alerar eine Mehrausgabe von zwanzig Kreuzern täglich, macht seit Mitte Dezember etwa vierzehn Gulden Konventionsmünze. Rechnen muß man, meine Herren, rechnen! Ist eine solche Person so viel Geld wert? Nun, wir können ja gleich sehen, ob sie noch krank ist.“

Sie begannen mit der Inspektion der Gefangnisse. Das war rasch erledigt, hingegen begann Werner im ersten Saale der Krankenabteilung ein förmliches Verhör mit den Patienten. Da trat Sendlingen auf ihn zu. „Machen Sie dies morgen ab,“ sagte er halblaut, in schärfstem Tone. „Sie sind mein Nachfolger, nicht mein Revisor!“

Werner knühte zusammen. „Verzeihen Sie —“ murmelte er in höchster Verlegenheit. „Sie haben ja Recht — aber ich dachte nicht daran. Sie zu verlegen — Sie, den ich so hoch verehere. — Gehen wir!“

Sie durchschritt die übrigen Säle, ohne anzuhalten, und gelangten zu den Einzel-Zellen für weibl. Kranke. Hier hatten nur zwei Wärterinnen die Bewachung. Werner blickte das Namensverzeichnis der Kranken durch. „Wieso hier ist die Lippert,“ sagte er. „Sogar in einer Einzelzelle. — Herr Oberpräsident,“ wandte er sich fast flehenden Tones an Sendlingen, „dieser einen Fall möchte ich doch jetzt — bitte — es bremit mir förmlich auf der Seele — ich müßte sonst nachmittags herüberkommen.“

Sendlingen hatte sich abgewandt. „Wie Sie wünschen,“ murmelte er dann, und sie traten in die Zelle.

Viktorine hatte eben an ihrem Tischchen geessen und in der Bibel gelesen. Sie blickte auf, und glühende Röte überflog ihr Antlitz, zitternd vor freudiger Erregung richtete sie sich empor — der Freispruch aus Wien war endlich gekommen, und die Herren erschienen, ihn zu verkünden! (Fortsetzung folgt.)

— Für tollwutverdächtige Personen ist dem königlichen Institute für Infektionskrankheiten in Berlin eine Abteilung für Schutzimpfungen gegen Tollwut angegliedert worden, welche sich im Neubau des Instituts Berlin Nr. 39, Nordufer — Eingang Föhrenstraße — befindet. Auf dieser Abteilung können Personen, welche von tollen oder der Tollwut verdächtigen Tieren gebissen worden sind, in Behandlung genommen werden. In der Bekanntmachung, die der Regierungs-Präsident von Magdeburg hierüber erläßt, wird dringend empfohlen, daß die Schutzimpfung bei verletzten Personen sofort vorgenommen wird. Im wohlverstandenen Interesse jedes von einem tollwutverdächtigen Tiere gebissenen Menschen liegt es, so bald als möglich die Schutzimpfung in diesem Institute vornehmen zu lassen und, falls dies nicht unnerzüglich geschehen kann, zuvor für Auswäsung und antiseptische Behandlung der Wunde durch einen Arzt Sorge zu tragen. —

— Welche Unkosten die Arbeitgeber infolge des Arbeiter-Versicherungs-Gesetzes „zu tragen“ haben, berechnet das hiesige Amtsblatt triumphierend gegenüber der Sozialdemokratie, in dem es waise die Beiträge der Unternehmer für die Unfallversicherung als eine Ausgabe dieser Kapitalisten zu Gunsten der Arbeiter hinstellt. Thatsächlich war vor Einführung der Unfallversicherung kein Arbeitgeber sicher, daß er nicht auf Grund des Haftpflichtgesetzes zur Zahlung von Renten an Arbeiter gezwungen werden würde, die in seinem Betriebe verunglückten. Die unzulängliche Unfallversicherung ist also ein Schutz für die Unternehmer und nicht so sehr für die Arbeiter. Uebrigens werden alle Beiträge der Arbeitgeber aus dem Ausbeutergewinn gezahlt, den ihre Arbeiter ihnen eingebracht haben. —

— Theorie und Praxis. Wie die Unfallverhütungs-Vorschriften von einzelnen Unternehmern beachtet werden, wird durch folgendes Vorkommnis trefflich illustriert. Der Rohrleger H. war beim Unternehmer G. Reinhold beschäftigt und von diesem beauftragt, eine Thonrohrleitung zu legen. Als die Ausschachtung bereits über drei Meter tief war, wurde der Rohrleger H. von dem Arbeiter B. aufgefordert, die Absteifung der Seitenwände, die nur oben vorhanden war, auch nach unten statifinden zu lassen, da laut Vorschrift jeder Graben von 1,20 Meter Tiefe an bis unten abgesteift sein muß. H. lehnte das berechnigte Ansinnen des Arbeiters ab, worauf derselbe sich weigerte, in dem Graben weiter zu arbeiten. Als der Vorfall zu den Ohren des Unternehmers kam, entließ er kurzer Hand den Arbeiter, der in durchaus korrekter Weise die Innehaltung der Unfallverhütungs-Vorschriften verlangte. Ist schon das Vorgehen des Unternehmers in dieser Sache unverständlich, so ist es das des Rohrlegers, der sogar organisiert ist, noch mehr. Da fast keine Versammlung der Justizkammer vergeht, in der nicht auf Innehaltung der Unfallverhütungs-Vorschriften hingewiesen wird, so ist nicht unwahrscheinlich, daß sich die nächste Versammlung mit diesem Fall zu befassen haben wird. —

— Stadtkapelle und „sozialdemokratische“ Lokale. Bekanntlich erregte es vor einiger Zeit allgemeine Verwunderung, als der Oberbürgermeister Schneider dem Wirt des hiesigen „Luisenpark“, Herrn Rankau, das städtische Orchester mit der merkwürdigen Begründung verweigerte, er würde sonst disciplinarisch bestraft werden, denn der „Luisenpark“ sei ein „sozialdemokratisches“ Lokal. Bei allen üblen Erfahrungen mit der preussischen Regierung hatten wir für diese Behauptung des Herrn Oberbürgermeisters nur ein ungläubiges Lächeln. Wie recht wir mit unserer Auffassung hatten, das beweist die Thatsache, daß morgen im Gewerkschaftshause in Breslau seitens der dortigen Stadtkapelle ein Konzert veranstaltet wird. Dabei könnte man das Breslauer Gewerkschaftshaus, da es den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften gehört, noch mit einem größeren Schein von Recht als „sozialdemokratisches“ Lokal bezeichnen, wie den „Luisenpark“, der Privateigentum ist und allen Parteien nach Belieben zur Verfügung steht. Außer dem Oberbürgermeister Schneider traut natürlich niemand der preussischen Regierung die Albernheit zu, in dem Konzertieren einer Stadtkapelle in einem allen politischen Richtungen zur Verfügung stehenden Saal ein disciplinarwidriges Vergehen zu sehen. —

— Die Anmeldungen neuer Schüler in der Kunstgewerbe- und Handwerker-Schule zu Magdeburg werden vom 23. bis 25. d. M. täglich von 12—1/2 Uhr und abends von 7—9 Uhr, sowie am Sonntag, den 28. d. M., von 11—1/2 Uhr, die Anmeldungen neuer Schülerinnen Freitag, den 12. d. M., von 11—1 Uhr, sowie vom 23. bis 25. d. M., täglich von 12—1/2 Uhr, im Schulgebäude, Braudenburgerstraße 10, entgegengenommen. Stundenplan, Jahresberichte und Auskunft auch daselbst. Das Schulgeld ist bei der Aufnahme zu entrichten. Das Winterhalbjahr beginnt am Mittwoch, den 8. Oktober. —

— Der Pachtvertrag, den die Stadt Magdeburg mit der Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft vereinigter Elbe- und Saale-Schiffer unter dem 27. Juli 1899 über den städtischen Schiffsbauplatz am Winterhafen abgeschlossen hat, geht mit dem 30. Juni 1903 zu Ende. Die Pächterin will auf der Pachtfläche eine das Herausnehmen der Schiffe aus dem Wasser erleichternde Anlage (Selling) bauen, wenn die Stadt bereit ist, die Pachtzeit bis zum 30. Juni 1913 zu verlängern. Für diesen Fall erbietet sie sich, vom 1. Juli 1903 ab statt der bisherigen 1800 Mark 2500 Mark Jahrespacht zu zahlen und beim Pachtablauf die unbeweglichen Teile der Sellingsanlage der Stadt unentgeltlich zu überlassen. Die Pachtfläche hat rund 1 Hektar Inhalt und 252 Meter Uferlänge. Die Sellingsanlage wird nach der von der städtischen Bauverwaltung gepriüften und bestätigten Angabe 15 000 Mark kosten, wovon 8500 Mark auf die feste Anlage und 6500 Mark auf die beweglichen Teile entfallen. Die Handelskommission empfiehlt, dem gestellten Antrag stattzugeben und der Magistrat ersucht wiederum die Stadtverordneten-Versammlung um Zustimmung der Vorlage. —

Ueberzeugen Sie sich

Bitte, daß das größte **Möbel- und Ausstattungs-Geschäft** am Platze die größten Vorteile bietet und empfehle ich selten günstige Angebote:

- | | | | |
|--------------|----------|-----------|--------|
| 1 Zimmer für | 98 Mk., | Anzahlung | 10 Mk. |
| 2 Zimmer für | 150 Mk., | Anzahlung | 15 Mk. |
| 2 Zimmer für | 200 Mk., | Anzahlung | 20 Mk. |
| 3 Zimmer für | 300 Mk., | Anzahlung | 30 Mk. |

Sofas, Bettstellen mit Matratzen, Kleiderschränke, Vertikows, Kommoden, Spiegel, Küchenschränke, Uhren, Regulateure, Kinderwagen

Anzahlung 5 Mk. Abzahlung wöchentlich 1 Mk.

Ebenso mache ich auf mein grossartig sortiertes Lager von

Herren- und Knaben-Garderobe

aufmerksam, empfehle gleichzeitig

Damen-Kragen, Umhänge und Jacketts, Bettzeug, Tischdecken, Teppiche, Portieren, Gardinen, Manufakturwaren

Kleiderstoffe, Herren- und Damen-Stiefel

und übertreffen die wirklich leichtesten Zahlungsbedingungen alles bisher Dagewesene.

Im eigenen Interesse des verehrten Publikums ist es daher zu empfehlen, vor einem anderweitigen Einkauf erst meine große Auswahl und billigen Preise in Augenschein zu nehmen und ist die Befichtigung meiner Läger auch ohne Kauf gern gestattet.

Specialität: Zimmer-Einrichtungen
von 10 Mark Anzahlung an.

S. Osswald

Möbel- und Ausstattungs-Geschäft

Magdeburg, Alte Ulrichsstr. 14, I.

vis-à-vis der Ulrichskirche.

564

Kredit auch nach auswärts!

Kinder-Schreibpulte empfiehlt die **Buchhandlung Volksstimme.**

Halberstadt. Halberstadt.

Sozialdemokratischer Wahlverein.

Donnerstag, den 11. September 1902, abends 8 1/2 Uhr bei **Max Bollmann, Safenstr. 63**

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung in Bernigerode.
2. Bericht über die Kassangelegenheiten.
3. Vorstandswahl und Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen erzuht Der Vorstand.

Vorläufige Anzeige!

Cirkus

Heinrich Bauer

eines der ältesten und solidesten Cirkus-Unternehmen Deutschlands, eröffnet am

13. September

einen Cyklus von Vorstellungen im Cirkusgebäude des Herrn Hahn, Königsstrasse

Hervorragend schönes Pferdmaterial

Sensationelle Dressur

Erstklassige Specialitäten

Vorzügliche Clowns und Auguste

Alles Nähere Anschlag und weitere Annoncen Hochachtungsvoll

Die Direktion

Wachstuch-Reste

für Küchentische passend
1 Mtr. lang, 40 Pf. p. St.

Wasserdichte

Bettunterlagen

für Kinder von 10 Pf.
für Erwachsene von 70 Pf. an

Hugo Nehab

Special-Geschäft

für **Wachstuch** und **Livolenn**

Johannisbergstr. 2

gegenüber den **Nathaus-Kolonnen.**

Stahlfedern empf. Buchhandl. Volksstimme.

Lenaus

Werke

(Gebichte und sämtliche Werke)
in verschiedenen Ausgaben
ständig vorrätig in der
Buchhandlung Volksstimme.

Walhalla

Um 9 Uhr
Ueber-Renn-Kompanie
Um 9 1/2 Uhr
Moritz Heyden
Um 10 Uhr
!!! Ida Fuller !!!

Statt besonderer Meldung!

Montag, den 8. September, vormittags 10 Uhr, entschieft nach schwerem Kampfe unsere liebe herzensgute Tochter und Schwester

Hertha

im Alter von 6 Jahren. Dies allen Freunden und Bekannten zur Nachricht. Um dieses Beileid bitten

Sie tranernden Hinterbliebenen:
Louis Loth nebst Familie.
Die Beerdigung findet Donnerstags nachmittags 5 Uhr vom **Dankauer Friedhof** aus statt.

Standesamt.

Magdeburg, 8. September.
Aufgebote: Prokurist Wilh. Brandes in Neustadt mit Anna Franke hier. Geheimer im Justizamt Hr. 66 Otto Ladewig hiermacher Otto Diedrich mit Elise Clara

mit Anna Dorothee Luise Quaschbar in Wäthen. Lokomotivheizer August Fern. Braune in Budtau mit Anna Elisabeth Mahfeld in Utleben a. S. Hilfsweihensteller Friedrich Wilhelm Bindeck in Budtau mit Marie Pauline Meier in Beeslaublingen. Kaufmann Franz Rud. Wollner hier mit Emilie Hedwig Gebenstret in Döbeln. Postbote Adolf Grothe mit Emma Kempe hier. Buchdruck-Maschinenmeister Geinr. Paul Feuer hier mit Anna Selma Schippers in Großschau. Kellner Otto Mertens in Budtau mit Marie Hunger hier.

Geburten: Liselotte, T. des Bankbeamten Ernst Wiedling. Elli, T. des Briefträgers Ludwig Glaubach. Elfriede, T. des Rang-Arbeiters Richard Zwiener. Willy, S. des Feldw. Ali Fischer. Karl, S. des Arb. Heinrich Stredter.

Todesfälle: Elise geborne Schöber, Ehefrau des Brauereiarb. Friedrich Draffehn, 29 J. 16 T. Heine, S. des Tischlermeisters Friedr. Großmann, 8 M. 18 T. Unben. S. des Opernsängers Karl Kurz, 3 M. 6 T. Ely, T. des Klein. Willy Aders, 5 M. 7 T. Richard, S. des Postkassirr. August Winkelmann, 1 M. 16 T. Agnes geb. Rinnite, Wm. des Dr. Hermann Ringold, 76 J. 7 M. 27 T. Rob. Frische, Glasmeister, 69 J. 9 M. 11 T. Adolf, S. des Klempn. Karl Anz, 5 M. 16 T.

Totgeburt: S. des Arbeiters Hermann Reune.

Sudenburg, 8. September.
Aufgebote: Schlosser Heinrich Karl Schmidt mit Anna Engel.

Geburten: Rudolf, S. des Arbeiters Martin Wilh. Emmi, T. des Arbeiters Paul Müller. Helene, T. des Werkzeugdehlers Richard Martin. Elisabeth, T. des Modellstichl. Richard Künzel. Otto, S. des Arbeiters Otto Mohrbeck. Otto, S. des Arbeiters Robert Sommer.

Todesfälle: Ernst, S. des Arbeiters Chriacus Duschel, 3 M. 13 T. Kurt, S. des Arbeiters Rob. Hauser, 7 T. Charlotte, unehelich, 1 M. 11 T. Nagelschmiedemeister Franz Hellwig, 80 J. 8 M. 25 T.

Budau, 8. September.
Aufgebote: Barbier Karl Dinte mit Gertrud Meta Lampe.

Geburt: Paul Walter Franz, S. unehelich.

Todesfälle: Hans, S. des Lokomotivheizers Hermann Wolter, 8 M. 24 T. Witwe Friederike Andre geb. Zerbstmann, 86 J. 2 M. 29 T. Zeichnerlehr. Albert Ortmann, 16 J. 6 M. 27 T. Erna, T. des Porzellandreh. Wilh. Lübke, 8 M. 17 T. Bahnwärter Karl Bölsdorf, 61 J. 6 M. 23 T.

Neustadt, 8. September.
Aufgebote: Eisenreh. Wilh. Paul Wietz mit Anna Martha Ida Schmidt. Arbeiter Joh. Christian Oskar August Drechsler mit Luise Emilie Feurich.

Geburten: Hilda, T. des Arb. Hermann Franke. Kurt, S. des Arbeiters Albert Kobelt. Hermann, S. des Laboratoriumsgeh. Hermann Uster. Theodor, S. des Arbeiters Theodor Frisch.

Todesfälle: Heinrich, S. des Arbeiters Heinz Lindner, 7 M. 10 T. Unbel. weibliche Leiche, etwa 30 J. Margarete, T. des Brenners Aug. Baade, 21 T. Ernst, S. des Kutichers Otto Märtenz, 1 M. 25 T.

Cracau.
Geburten: Bertha Hedwig, T. des Arbeiters Andreas Ohle in Prester. Luise Erna, T. des Dachdeckers Richard Bussel zu Prester. Werner Erich Walter, S. des Maschinenchloffers Walter Karls in Cracau. Richard Hans, S. unehel. in Cracau.

Wischerleben.
Aufgebote: Schneidermeister Adolf Budach mit Anna Bajsch. Oberkellner Otto Werner in Utleben mit Martha Minna Bohlse in Merseburg.

Eheschließungen: Kaufm. Albert Wirsing mit Ida Rigau. Kernmacher Rob. Köpfer mit Marie Lena. Fabrikarbeiter Wilh. Keisten mit Marie Kumpel. Arb. Vincent Richtikowski mit Marie Sierakowska.

Todesfälle: Arbeiter Andreas Bohl, 64 J. 2 M. 14 T. Mag. S. des Lademeisters Mag. Heiling, 1 M. 15 T. Ida, T. des Bergarbeiters Wilhelm Schröder, 4 J. 5 M. 27 T. Erna, T. der ledigen Anna Strauch, 2 T. Ehefrau Johanne Ruff geb. Gebhardt, 50 J. 10 M. 7 T.

Burg, 5. September.
Geburten: S. des Stellmachers Hermann Hagenstein. T. des Schneiders Otto Weste.

Vom 6. September.
Eheschließungen: Schneid. Heinrich Johann Friedrich Zusepeilis zu Magdeburg mit Anna Elise Marie Knapp. Arbeiter Otto Paul Plate mit Henriette Anna Danneberg. Tischler Peter Hermann Bismarck mit Luise Emma Drems. Schuhmacher Otto Diedrich mit Elise Clara

Bestes
440
Naphtamon
Waschpulver.

Berning. Fabrikarbeiter Felix Mag Krummhauer zu Magdeburg mit Marie Luise Ebeling.

Geburten: S. des Zuschneid. Friedrich Kopitz. S. des Lehrers Wilhelm Düker. T. des Tischlermstrs. Robert Winkels.

Halberstadt.
Vom 3. bis 5. September.

Aufgebote: Handschuhmacher August Reinecke hier mit Dorothee Nipel in Osterwieck. Geschäftskreisend. Mag Robert Birch hier mit Anna Sophie Fechner geborne Becker in Magdeburg-Sudenburg. Krankenpfleger Wilhelm Karl August Stephan hier mit Marie Luise Wolgmann in Pichtau. Schmied Karl Bohl in Wegeleben mit Auguste Lohse hier.

Eheschließungen: Schloss. Otto Kuppermann mit Elise Jagemann. Arbeiter Otto Hande mit Luise Jac. Schneider Paul Knid mit Anna Ohlemann.

Geburten: S. des Ober-Postassistenten Theodor Bormann. T. des Handschuhmachers Gustav Keil. S. des Handschuhmachers Franz Schröder. S. des Arbeiters Wilhelm Betsche. S. des Detonomen Christian Strathaus. T. des Zimmermanns Emil Meyer.

Todesfälle: Emma, T. des Arbeiters Josef Dudzinski, 1 M. 3 T. Robert, S. des Gärtners Julius Heuschel, 1 J. 10 M. 14 T. Kurt, S. des Fuhrherrn Wilhelm Wilhelm Westeroth, 18 T. Margarete Drag, 4 M. 27 T. Schuhmachermeister Heinrich Pfeiffer, 61 J. 9 M. 5 T. Hedwig, T. des Arb. Karl Bergmann, 1 M. Otto, S. des Arbeiters Hermann Vollmann, 10 J. 22 T. Fritz, S. des Schneid. Friedrich Schröder, 4 J. 9 M. 14 T. Ehefrau des Telegraphenarbeiters Rudolf Ehlers, Dorothee geb. Friede, 26 J. 1 M. 7 T. Eisenbahn-Stationen-Assistent Robert Schaefer, 54 J. 2 T.

Schönebeck.
Aufgebote: Lehr. Emil Goebede in Frohe mit Martha Friedrich. Fabrikarbeiter Friedr. Erbs, Witwer mit Witwe Dorothea Köhner geb. Meyer. Vicefeldwebel u. Zahlmeister Aspirant Hermann Erdmann in Altengrabow mit Alma Mansfeld.

Geburten: Elvira, T. des Schlossers Guft. Weingärtner. Margarete, T. des Maschinenchloffers Oswald Willer. Charlotte, T. des Bäckermeisters Friedr. Wasack. Margarete, T. des Buchdruckers August August. Gertrud, T. des Arbeiters S. des Laboratoriumsgeh. Hermann Uster. Theodor, S. des Arbeiters Theodor Frisch.

Todesfälle: Hansbursche Otto Siewonoff, 18 J. 2 M. 14 T. Otto, S. des Arbeiters Wilhelm Sack, 5 M. Willy, S. des Zimmermanns Karl Randel, 3 M. 14 T. Hans, S. des Schneidermeisters Karl Döcher, 11 T. Frieda, T. des Schneidermeisters Hermann Weidner, 6 M. 16 T.

Totgeburt: S. des Musikers Walter Schmidt.

Stahlfurt.
Aufgebote: Diener Heinrich Albaum mit Reinhilde Klinge in Schmiebeck. Fabrikchloffer Paul Besse in Leopoldsdahl mit Hedwig Könnede in Magdeburg-Sudenburg. Bergarbeiter Karl Walke in Tarhün mit Friederike hier. Lehrer Karl Randel hier mit Elise Neusch in Schönebeck. Restaurateur Michael Spauka in Hellingen mit Anna Fischer in Calbe a. S.

Geburten: S. des Bergarb. Theodor Koppermann. T. des Malers Gustav Bernhardt. S. des Bautechnikers Hermann Dieck. T. des Feilenhauers Karl Schäfer.

Todesfälle: Erich Singewald, 6 M. Anton Mühlhans, 4 M. Wm. Auguste Zahn geborne Müller, 51 J. Elisabeth Romaczyk, 4 M. Martha Löhring, 1 J.

Renntier-Seife
440
besto Kernseife